

Thesepapier der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein zur aktuellen Situation im Nahen Osten

verabschiedet auf dem Schleswig-Holstein-Rat am 7. März 2009 in Kiel

Seit Jahrzehnten befindet sich der Nahe Osten in einem politisch instabilen Zustand: bewaffnete Konflikte, politische Unruhen und Anschläge prägen den Alltag in dieser Region. Angesichts der Eskalation der Gewalt im Gazastreifen und im Süden Israels seit Ende Dezember 2008 betrachtet die JUNGE UNION Schleswig-Holstein die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten mit großer Sorge.

Der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein geht es in diesem Thesepapier dabei nicht um einseitige Schuldzuweisungen im aktuellen Konflikt zwischen Israel, Teilen der Palästinenser unter dem politischen Einfluss der Hamas und anderen politischen Akteuren.

Im Gegenteil: Sowohl das Existenzrecht Israels und sein Leben in Frieden und Freiheit mit den Nachbarstaaten wie auch die Anerkennung der palästinensischen Autonomie bis hin zur Etablierung eines geeinten palästinensischen Staates mit demokratischen Strukturen und einer religiös-toleranten Gesellschaft werden von der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein bejaht und unterstützt. Nur eine friedliche Koexistenz beider Seiten im Nahen Osten kann die Grundlage für dauerhaften Frieden, wirtschaftlichen Aufschwung und eine Überwindung von religiösen Konflikten darstellen.

Aus Sicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein stellen Europas Rolle im Nahostkonflikt und die allgemeine Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten im Nahen Osten zwei wichtige Politikfelder in diesem Konflikt dar. Zu diesen beiden Politikfeldern stellt die JUNGE UNION Schleswig-Holstein nachfolgende Thesen und Forderungen auf, die durch die handelnden politischen Akteure in Deutschland, der Europäischen Union, dem Nahen Osten und darüber hinaus beachtet werden sollten:

A. Europas Rolle im Nahostkonflikt

Will die Europäische Union zu einer dauerhaften Lösung des Nahostkonfliktes beitragen, so müssen nach Ansicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein folgende Punkte bedacht werden:

1. Die Europäische Union muss künftig eine noch engere Zusammenarbeit mit den um Verständigung mit Israel bemühten arabischen Staaten wie Ägypten, Jordanien oder dem Libanon anstreben. Dies ist umso wichtiger, da die Grenzen zum Gaza-Streifen vor allem seitens Ägyptens derzeit mehr als unzulänglich auf Waffenschmuggel überprüft werden. Eine Schulung der ägyptischen Grenzsoldaten, wie im Falle der Grenzsicherungen neuer EU-Mitgliedsstaaten geschehen, muss forciert und eine eventuelle direkte Beteiligung an Grenzkontrollen, z.B. auch durch deutsche Zollbeamte, geprüft werden.
2. Grundlage einer Außenpolitik der Europäischen Union muss ein weltweites Einstehen für Demokratie und Menschenrechte sein. Will die Europäische Union glaubwürdig sein, so gilt es, nicht mit zweierlei Maß zu messen. So müssen beispielsweise Diskriminierungen israelischer Bürger der arabischen Minderheit sowie die fragwürdige Umsetzung der Beschlüsse zum Siedlungsbau kritisiert werden. Jedoch muss stets eine scharfe Trennung in der Betrachtung und Bewertung von terroristischen Aktivitäten zur gezielten Tötung von Zivilisten, wie sie von Anhängern der Hamas begangen werden, und militärischen Operationen zur unmittelbaren wie auch zur präventiven Selbstverteidigung Israels gezogen werden. Dies schließt auch eine generelle Akzeptanz der Hamas als Ansprechpartner – über eventuelle Waffenstillstandsverhandlungen hinaus – aus. Als Vertretung der Palästinenser darf die EU allein die Fatah zu diplomatischen Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe heranziehen. Alles andere käme einer Schwächung der Organisation des Palästinenserpräsidenten Abbas und damit einer dauerhaften Gefahr für das Westjordanland gleich.
3. Hamas und Hisbollah sind wie die meisten terroristischen Vereinigungen nicht autark, sondern vor allem zur Waffenbeschaffung und Finanzierung ihres ideologisierenden sozialen Engagements auf Gönner wie Syrien und den Iran angewiesen. Die Europäische Union muss stärker als bisher eine Einstellung dieser Zahlungen einfordern und dies bei der Verschärfung oder Lockerung derzeitiger Sanktionen berücksichtigen.
4. Grundlage einer Zweistaatenlösung muss ein Beschluss der Vereinten Nationen sein. Auf Grund der Komplexität des Konfliktes scheint eine Lösung jedoch nur unter der Einbeziehung aller Großmächte im Rahmen vorbereitender Verhandlungen möglich.

B. Außen- und Sicherheitspolitik im Nahen Osten

Illegale Waffenlieferungen, der dadurch unterstützte Terrorismus, aber auch die vergangene und aktuelle Siedlungspolitik Israels bestimmen die Außen- und Sicherheitspolitik dieser Region und verhindern eine friedliche Lösung der Konflikte im Nahen Osten. Daher fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

1. Den sofortigen Stopp der Waffenlieferungen an Terroristen durch z.B. Syrien und den Iran sowie jeglichen Stopp der unterstützenden Maßnahmen, z.B. durch Saudi-Arabien. Da der Iran sowie Syrien weiterhin bekräftigen, dass sie nicht verhandlungsbereit sind bzw. ihre Israel-feindliche Politik weiterhin verfolgen werden, ist es erforderlich, diese Staaten stärker unter Druck zu setzen um die Waffenlieferungen zu unterbinden. Dies kann aber nur durch verschärfte wirtschaftliche Sanktionen erlangt werden. Da u.a. der Iran wirtschaftlich nicht explizit auf westliche Länder angewiesen ist, muss innerhalb der globalen Staatengemeinschaft eine konsensfähige Lösung angestrebt werden. Vor allem Russland und China müssen überzeugt werden, da sie Haupthandelspartner der in der Region maßgeblich Einfluss nehmenden „Schurkenstaaten“ sind und die westlichen Staaten alleine nicht genügend Druck aufbauen können. Da ein Umschwenken Russlands und Chinas auf die von der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika verfolgte Politik unwahrscheinlich ist, sollten bis zu einer Konsenslösung die Waffenlieferungen vor Ort durch eine internationale Lösung, auch mit deutscher Beteiligung, unterbunden werden. Dabei muss nach Ansicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein insbesondere die Waffenlieferungen über den Landweg verstärkter als bisher unterbunden werden.
2. Israel muss sämtliche Siedlungen in den palästinensischen Gebieten räumen und dieses Gebiet den Palästinensern zur Selbstverwaltung überlassen. Auf diese Weise würden die Hauptargumente der arabischen Welt gegen Israel entkräftet. Israel wäre im Einklang mit dem Völkerrecht, da das Völkerrecht die vorübergehende Beschlagnahmung von Land in besetzten Gebieten ausschließlich für militärische Zwecke, nicht jedoch für die dauerhafte Niederlassung eigener Staatsbürger, Landwirtschaft und andere zivile Nutzungen gestattet. Israel hat eine eigene Beurteilung der juristischen Lage, steht damit allerdings, bis auf die Tolerierung durch die Vereinigten Staaten von Amerika, international isoliert da. In mehreren Resolutionen haben die Vereinten Nationen Israel vergebens aufgefordert, den Siedlungsbau einzustellen. Durch das Überlassen der

Siedlungsgebiete würde von Israel ein unumstößlich positives Zeichen für die Zukunft gesetzt, welches auf große Zustimmung weltweit stoßen würde und zugleich die israelische Position immens stärken würde. Um die humanitäre Notlage der palästinensischen Bevölkerung abzuschaffen und die Lebensstandards zu verbessern, sollten unabhängige Kontrolleure die Verteilung von Hilfsgeldern überwachen.

3. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein unterstützt eine „Zwei-Staaten“-Lösung. Dazu soll ein Prozess in Gang gesetzt werden, an dessen Ende ein Palästinenserstaat stehen sollte. Im Zuge dessen müssen auch Rahmenbedingungen wie u.a Wassernutzungsrechte, Luftraumrechte etc. geregelt werden. Dies schließt eine völkerrechtliche Anerkennung der zukünftigen beiden Staaten durch die internationale Staatengemeinschaft ein.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein ist sich bewusst, dass sie mit diesen Thesen und Forderungen nur teilweise Lösungsansätze und politische Grundgedanken für die friedliche Beilegung des Konfliktes genannt hat. Israel und die legitimen Vertreter der palästinensischen Autonomiegebiete als primäre und Ägypten, Syrien, Jordanien, Iran und Saudi-Arabien als sekundäre Akteure müssen den stagnierenden Friedensprozess selbst aktiv wiederaufnehmen. Deutschland, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige internationale Staatengemeinschaft können als tertiäre Akteure nur unterstützend in diesem Prozess wirken, müssen allerdings auch deutliche Handlungsaufforderungen an die Staaten des Nahen Ostens – einschließlich Israel – stellen.

Ziel aller Bemühungen muss es sein, dass der Nahe Osten endlich befriedet wird, seine Potentiale im wirtschaftlichen Bereich nutzt und als Modellbeispiel für das Zusammenleben verschiedener Religionen auf engem geographischem Raum dient. Der Weg zum endgültigen Frieden in dieser Region ist noch lang und mit zahlreichen Hindernissen versehen – die JUNGE UNION Schleswig-Holstein wird den Weg zum Frieden im Nahen Osten aber weiterhin mit Nachdruck unterstützen.